

UNI-REPORT

Donnerstag, 27. Mai 1971

JOHANN-WOLFGANG-GOETHE-UNIVERSITÄT-FRANKFURT

Jahrgang 4 / Nr. 6

Errichtung eines Zentrums für Umweltforschung vertrag

Senat richtet Kommission zur Koordinierung der Bemühungen um Umweltforschung ein

Auf seiner Sitzung am 19. 5. 1971 hat der Senat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt erklärt, daß die Universität Frankfurt außerordentliches Interesse an der Umweltforschung hat. Die Vorbereitungen, die mit Umweltforschung beschäftigten Wissenschaftler zusammenzuführen und neue Forschungsschwerpunkte zu schaffen, haben bereits begonnen.

In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, ob bereits jetzt ein Zentrum für Umweltforschung geschaffen werden sollte. Der Senat war der Ansicht, daß zunächst weitere Überlegungen und Planungen notwendig seien, bis entschieden werden könne, daß ein solches Zentrum geschaffen wird. In der Sitzung wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß sich in Frankfurt die Möglichkeit ergibt, Umweltforschung nicht ausschließlich aus naturwissenschaftlicher Sicht zu betreiben, sondern sozialwissenschaftliche Aspekte einzubeziehen. Zur Zeit gibt es in nahezu allen Fakultäten Gruppen, die die Umweltforschung intensivieren wollen. So ist etwa in der naturwissenschaftlichen Fakultät im Wintersemester eine Ringvorlesung über Umweltfragen geplant. Um die verschiedenen Gruppen zusammenzuführen und entscheidungsreife Vorlagen zu erarbeiten, wurde eine

Kommission eingesetzt, der die Herren Georgii, Püttner, Kuhn, Meyer-Sydow, Weiß, Kleinod und drei noch vom AStA zu benennende Studenten angehören. Prof. Dr. Meißner, WISO-Fakultät, soll die Arbeit der Gruppe koordinieren. Auf der gleichen Sitzung beschloß der Senat einen Antrag zur Verleihung der Venia legendi. Der Senat ist der Ansicht, daß weiterhin mit der Habilitation die Befugnis zu lehren (Venia legendi) verbunden bleiben muß. Er bittet den Präsidenten, sich beim hessischen Kultusminister entsprechend einzusetzen. Zum Vertrauensdozenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde Prof. Dr. Vosteen, Direktor der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik gewählt. Sein Vertreter wurde Prof. Dr. Moxter von der WISO-Fakultät. Den von der WISO-Fakultät vorgelegten

neuen Diplomprüfungsordnungen für Diplom-Kaufleute, Diplom-Handeslehrer und Diplom-Volkswirte stimmte der Senat zu.

Gebührenfreiheit auch für Ausländer

Kultusminister Ludwig von Friedeburg hat den Präsidenten der vier hessischen Universitäten mitgeteilt, daß ab Sommersemester 1971 auch für ausländische Studierende an den Universitäten des Landes Hessen Studiengebührenfreiheit besteht. Die Regelung gilt unabhängig davon, ob die Heimatländer der ausländischen Studierenden ihrerseits auch bereits Studiengebührenfreiheit für deutsche Studierende eingeführt haben.

Festgehälter seit 1969 unverändert

Streik der WISO-Tutoren vom 10. bis 14. Mai

Die Tutoren der WiSo-Fakultät haben zwischen dem 10. und 14. Mai gestreikt. In einer vorangegangenen Urabstimmung entschieden sich 82% aller Tutoren für die Durchführung eines Warnstreiks.

Die studentischen und akademischen Tutoren der WiSo-Fakultät erhalten seit Oktober 1969 Festgehälter (Akademische Tutoren DM 820,— Brutto bei einem Arbeitsaufwand von 100 Stunden im Monat; studentische Tutoren DM 225,— bei einem Arbeitsaufwand von 50 Stunden im Monat). Diese Festgehälter haben bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten und dem allgemein gestiegenen Einkommen sowohl zu einem absoluten wie auch relativen Sinken des Lebensstandards der Tutoren geführt. Ein Vergleich mit der Entwicklung der Assistentengehälter in dieser Zeit ergibt folgendes Bild: Im Herbst 1969 erhielten die akademischen Tutoren 75% der Grundvergütung von A 13. Gemessen an den heutigen Tarifen der Assistentenbesoldung beträgt die Vergütung für Tutoren heute nur noch 59%. Damit hat sich die finanzielle Lage der Tutoren gegenüber den tariflich abgesicherten Assistenten um 15,5% verschlechtert.

Die Tutoren, die seit einem Jahr in Verhandlungen über ihre Lohnforderungen mit dem Kultusministerium zu treten versuchten, wurden seither von einem Ausschuß an den anderen verwiesen. Zur Zeit sind sie beim Unterausschuß des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz angelangt. Dieses Verhalten der Kultusbürokratie habe seine Entsprechung in der zunehmenden Entwertung der Tutoren im universitären Bereich, meinen die Tutoren, alles in allem Anzeichen dafür, die von den Stu-

denten erkämpften Tutorien auf elegante Weise wieder abzuschaffen, deshalb auch der Versuch, die Tutoren zu Sündenböcken einer verkorkten Hochschulreform zu stempeln.

Die Tutoren fordern eine Erhöhung der Gehälter mit gleichzeitiger Koppelung an die Vergütungsgruppe A 13, damit sie in Zukunft auch an den tariflichen Gehaltssteigerungen teilhaben. Im einzelnen wird gefordert:

- 80% der Grundvergütung A 13 für akademische Tutoren (ca. 1100,—)
- 50% der Grundvergütung A 13 für studentische Tutoren (ca. 690,—)

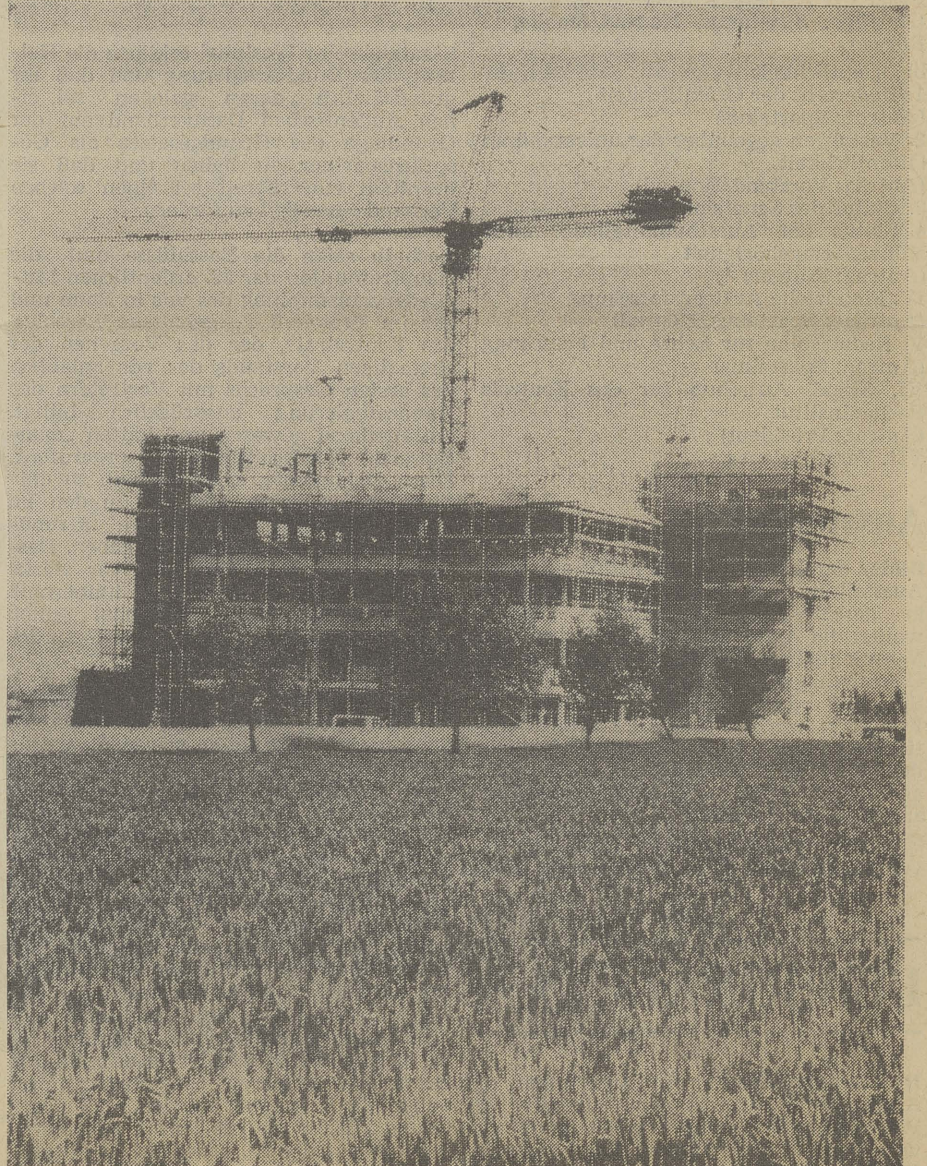
Nachdem die Tutoren sich seit einem Jahr vergeblich um Verhandlungen bemüht hatten, wurde nach Bekanntwerden des Streikbeschlusses kurzfristig vom Kultusminister ein Termin gewährt. In diesem Gespräch stellte er den akademischen Tutoren eine Ankoppelung an A 13 und eine Gehaltserhöhung von DM 820,— auf DM 845,— und den studentischen Tutoren eine Erhöhung von DM 225,— auf DM 275,— in Aussicht. Dies entspricht für akademische Tutoren 50% der Eingangsstufe von A 13 (Grundvergütung + Ortszuschlag) und für die studentischen Tutoren 50% der Vergütung für Hilfskräfte ohne Abschluß.

Die Tutoren empfinden dieses Angebot als völlig unzureichend. Sie haben für die nahe Zukunft weitere Kampfmaßnahmen diskutiert. Bevor aber neue Maßnahmen ergriffen werden, wollen die Frankfurter WiSo-Tutoren erreichen, daß die Tutoren aller übrigen Fakultäten der Frankfurter Universität sowie aller hessischen Hochschulen diese Forderungen zu ihren eigenen machen und daß sich die Studenten mit den Forderungen der Tutoren solidarisieren.

Geringe Wahlbeteiligung in Trier

Die am Mittwoch, dem 12. Mai 1971, beendeten Wahlen zum Studentenparlament der Geisteswissenschaftlichen Fakultät Trier der Universität Trier-Kaiserslautern zeichneten sich durch eine geringe Wahlbeteiligung aus. Von den 383 wahlberechtigten Studenten gaben 75 ihre Stimme ab, was einer Beteiligung von 19,6% entspricht. Die 57 gültigen Stimmen wurden für die als einzige kandidierende Liste „Initiativgruppe SHB“ abgegeben.

In einer ersten Stellungnahme hat das Studentenparlament die geringe Wahlbeteiligung bedauert. Die von der „Initiativgruppe SHB“ mehrheitlich gebildeten Gremien Studentenparlament und Allgemeiner Studentenausschuß sehen ihre Aufgabe darin, „künftig durch den Aufbau einer schlagkräftigen studentischen Interessenvertretung politisches Bewußtsein bei den Trierer Studenten zu wecken zu versuchen“.



Das erste Institut der Universitätserweiterung Niederursel: Chemie 1. Baustufe, eine typisierte Betonfertigteilkonstruktion, 7500 m² Nutzfläche. Baubeginn: Nov. '70, Bauzeit 2 1/2 Jahre. Die Planung sieht zunächst auf einem von der Stadt Frankfurt noch zu erwerbenden Gelände von 5,6 ha (Erweiterungsgelände insgesamt 127 ha) den Bau chemischer (20 000 m²), biologischer (14 000 m²) Institute, eines Mehrzweckgebäudes (Geisteswissenschaften, Informatik 10 000 m²) und eines Forums (Mensa, Studentenhäuser, Bibliothek, U-Bahn-Station) vor. Die augenblickliche universitäre Planung hat mit Niederursel die Chance der wirkamen Integration der Lehrerausbildung im Zusammenhang mit der Erprobung neuer Fachbereichsgliederungen, die sich, z. B. am Ziel einer integrierten sozialwissenschaftlich-naturwissenschaftlichen berufsfeldbezogenen Ausbildung orientieren.

Foto: Bopp

Mensa-Zuschüsse sollen erhöht werden

Kultusminister Professor Ludwig von Friedeburg beantwortete eine Kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Bernhard Sälzer, der wissen wollte, ob die Landesregierung bereit sei, für das Mensa-Essen der Studierenden Zuschüsse nach den Kantinenrichtlinien für die Bediensteten des Landes Hessen zu gewähren.

In seiner Antwort an den Abgeordneten stellt der Minister fest, daß die Voraussetzungen, unter denen Hessen seinen Bediensteten die Mittagsmahlzeit verbilligt, andere seien als die, unter denen die Gemeinschaftsverpflegung der Studierenden subventioniert werde (im ersten Fall sei die Fürsorge aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis zu beachten).

Auch wirtschaftlich gesehen seien die Verhältnisse nicht vergleichbar: Durch einen Landeszuschuß würden in den Mensen — mit einem Pauschbetrag je verabreichtem Essen — nicht nur die Mittagsmahlzeiten sondern teilweise auch Abendmahlzeiten verbilligt.

Das Land Hessen erbringe im übrigen erhebliche Leistungen zur Förderung der Studierenden. Auf Befragen von Journalisten fügte Minister von Friedeburg hinzu, daß die erwähnten Pauschbeträge mit großer Wahrscheinlichkeit durch den Landtag erhöht werden dürften.

Aus dem Bundestag

1975 Ausbildungsplätze für 8500 bis 9500 Zahnmediziner

Bund und Länder gehen bei der Aufstellung des ersten Rahmenplans nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für die Zahnmedizin davon aus, daß bis zum Jahre 1975 Ausbildungsplätze für 8500 bis 9500 Studenten geschaffen werden müssen. Das erklärte Dr. Klaus von Dohnanyi, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, auf eine entsprechende Anfrage im Deutschen Bundestag.

Bauvorhaben für die Zahnmedizin möglichst beschleunigt werden. Diese Vorhaben sollen einen Schwerpunkt für die Bereitstellung der erforderlichen Bundesmittel bilden. Die Verwirklichung des genannten Ausbauziels, so erläuterte Dr. von Dohnanyi, werde es ermöglichen, daß jährlich zwischen 1900 und 2000 Studienanfänger ein Studium in der Zahnmedizin aufnehmen können. Die Zahl der erfolgreichen Abschlüsse wird dann jährlich bei rd. 1500 liegen. (Zum Vergleich: Im Sommersemester 1970 waren rd. 6200 Studenten der Zahnmedizin in der BRD eingeschrieben.) Damit würden die geplanten Zielzahlen dem Votum des Bundesgesundheitsrates entsprechen.

Appel des Präsidenten

Stabilisierung durch Steuererhöhungen

Der Präsident der Universität Frankfurt, Dr. Erhard Kantzenbach, hielt am 21. Mai in der Frankfurter Universität eine Begrüßungsansprache anlässlich der 50. Jahrestag der Akademie der Arbeit. Darin äußerte er sich auch zu Fragen, die im Zusammenhang mit der Konjunkturpolitik der Bundesregierung stehen.

„Gestatten Sie mir zum Abschluß, daß ich die Gelegenheit, vor einer großen und qualifizierten Öffentlichkeit zu sprechen, wahrnehme, um eine brennende aktuelle Sorge vorzutragen. Wir alle haben in den letzten Tagen gespannt die Bemühungen der Bundesregierung verfolgt, den Wert unserer Währung zu stabilisieren. Wir alle wissen, daß es dazu erforderlich ist, die Ansprüche an das Sozialprodukt auf ein realisierbares Niveau zu beschränken. In dieser Situation sind, ebenso wie beispielsweise die Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten auch die Universitäten davon bedroht, daß ihnen die Haushaltsmittel für den dringend erforderlichen Ausbau gekürzt werden. Eine solche Maßnahme würde nicht nur die völlig unzureichenden und unzumutbaren Arbeitsmöglichkeiten in vielen unserer Institute und Kliniken verewigen. Sie würde auch die langfristigen Bildungsreformpläne von Bund und Ländern ernstlich gefährden, die uns überhaupt erst auf das Niveau unserer Nachbarstaaten bringen sollen.“

Ich appelliere deshalb an die Bundesregierung, sich nicht zu Abstrichen in ihrem Programm der inneren Reformen drängen zu lassen. Nach 25 Jahren stürmischer Expansion der Privatwirtschaft gebührt dem Nachholbedarf öffentlicher Versorgungseinrichtungen Vorrang vor einer weiteren Steigerung des privaten Konsums und der hierzu erforderlichen Investitionen. Es entspricht dem wohlverstandenen langfristigen Interesse unseres Volkes, die Stabilisierung der Mark jetzt durch Steuererhöhungen und nicht

durch Ausgabenkürzungen des Staates zu bewirken. Es wäre schmerzlich, wenn wir, das heißt die Vertreter der Universitäten wie der anderen öffentlichen Einrichtungen, unsere einzige Chance für eine angemessene Finanzierung in einer kräftigen Rezession sehen müßten.“

ÖTV an Hessens Universitäten

Am Freitag, dem 21. 5., fand in Ffm. im Gewerkschaftshaus eine erweiterte Bezirksvorstandssitzung Abteilung „Wissenschaft und Forschung“ in der ÖTV statt. An dieser Sitzung nahmen ÖTV-Vertreter aller hessischen Universitäten teil. Zur Diskussion standen die Fachbereichswahlen und die Besetzung der Ständigen Ausschüsse. Fazit dieser Sitzung war der Wille der ÖTV-Vertreter in Frankfurt, die ÖTV-Arbeit an der Universität Frankfurt stärker als bisher zu intensivieren. Aus der Diskussion wurde deutlich, daß an den anderen Hochschulen in Hessen die ÖTV beachtenswerte Erfolge bei den Konventwahlen erzielt hat und daß auch bei den Fachbereichswahlen gute Ausgangspositionen geschaffen wurden. Es ist geplant, diese Zusammenkünfte in unregelmäßigen Abständen häufiger durchzuführen.

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT erscheint am 9. Juni 1971

Redaktionsschluß ist der 3. Juni 1971, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

TERMINE

Konventssitzung

am 9. Juni 1971, 14 Uhr, s. t., H 12
Tagesordnung:

- I. Mitteilungen des Konvents Vorstandes
- II. Wahl der Vertreter für die Mitglieder der Ständigen Ausschüsse
- III. Anträge zur Konventsarbeit
- a) Turnus der Sitzungen des Konvents; Frage der Rechenschaftsablegung (Anträge: Spartakus, Konrad/Smolla, Röttger)
- b) Öffentlichkeit
1. Rederecht der Öffentlichkeit (Antrag: Spartakus)
2. Verfahren gegenüber der universitären Öffentlichkeit (Antrag: Vorstand/Konrad)
3. Status der Senatsmitglieder
4. Status der Ausschußmitglieder ohne Konventsangehörigkeit (Antrag: Röttger)
- IV. Finanzielle Auftragsforschung (Anträge: Spartakus, Konrad)
- V. Bedarfsplan für Lehre und Forschung (Antrag: Spartakus)
- VI. Ständ. Ausschuß für das Zentrale Recheninstitut (Antrag: Präsident)
- VII. Verschiedenes

Ausstellung

Bilder der kranken Seele nennt sich eine Ausstellung von Werken der Patienten in geschlossenen Abteilungen. Damit wollen die Ärzte der Psychiatrischen und Neurologischen Universitäts-Klinik in der Öffentlichkeit um Verständnis für die Situation der psychisch Kranken in Frankfurt werben. Die Ausstellung, täglich von 16.00 — 20.00 Uhr in der Kapelle der Klinik geöffnet, wird von einer Reihe abendlicher Film- und Diskussions-Veranstaltungen begleitet.

Nähere Auskünfte erteilt Herr Dr. H. von der Mühlen, Tel.: 66 00 11 App. 5266.

PERSONALIEN

Dr. Dennis Lamb von Department of Atmospheric Sciences der University of Washington in Seattle arbeitet als Gastwissenschaftler für 12 Monate am Institut für Meteorologie und Geophysik.

Im Wortlaut

Protokoll eines Gespräches des vds mit der Bundesregierung

Am Mittwoch, dem 20. Mai, hat das Bundeskabinett beschlossen dem vds auch weiterhin keine Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit wurde eine bereits 1969 gefällte Entscheidung bekräftigt. Der vds hat ein Protokoll über ein Gespräch mit Beam-

Staatssekretär Westphal erklärte die Haltung der Bundesregierung und daß ihr grundsätzlich daran gelegen sei, einen studentischen Dachverband auf der Grundlage des Grundgesetzes als Gesprächspartner zu haben und daß sie eventuell auch bereit sei einen solchen Verband finanziell zu fördern.

Deshalb seien die Beschlüsse und die Hauptresolution der 23. ordentlichen Mitgliederversammlung des vds in Bonn und der im Protokoll festgehaltene Beschluß des Zentralrats, der das Vorgehen des ehemaligen Vorstands des vds anlässlich des ersten Gesprächs mit Vertretern der Bundesregierung ausdrücklich billigt, enttäuschend gewesen und hätten „mancherorts Kopfschütteln hervorgerufen“. Diese Dokumente, seien deshalb so enttäuschend gewesen, weil sie zu dem im ersten Gespräch aufgestellten „Grundfragen“ keine klare Antwort gaben. Deswegen seien auch nach wie vor starke „Zweifel“ an der vds-Politik innerhalb der Bundesregierung. Westphal schloß mit der Bemerkung, daß dieses Gespräch nun Klarheit herstellen solle.

Der vds erklärte zu diesen einleitenden Bemerkungen, daß er nicht verstünde, wo denn noch Unklarheiten wären. Es wurde klar herausgestellt, daß der vds der einzige studentische Dachverband in der BRD sei, in dem über 70 Hochschulen mit über 300 000 Studenten zusammengeschlossen seien, daß der vds eine einwandfreie Finanzführung vorweisen könne, daß er weiterhin auf der 1969 bestätigten Charta der Studentenschaften stehe, daß er durch seine Mitgliedschaft in der MVZ die Richtlinien des Bundesjugendplanes und hier besonders den Paragraphen 9 anerkenne und durch eine Unterschrift bestätigt habe, daß durch die 23. ordentliche Mitgliederversammlung in Bonn alle früheren Grundlagenpapiere außer Kraft gesetzt wurden, daß damit Grundlage für die vds-Politik ausschließlich die auf der 23. ordentlichen Mitgliederversammlung mit fast 2/3 Mehrheit an-

ten des Bundesministeriums für Jugend und Gesundheit veröffentlicht, das in diesem Zusammenhang sicher interessante Aufschlüsse zu geben vermag. UNI-REPORT druckt das Protokoll im Wortlaut ab.

stellt wurde, daß das Grundgesetz eine Veränderung nicht ausschließe, daß nach Meinung des vds gerade die Studenten ein richtiges Verhältnis zum Grundgesetz haben, daß sie den Kampf führen für die wahrheitsgemäße Erfüllung aller Buchstaben und Aufträge des Grundgesetzes, daß sie den Kampf führen gegen die permanente Aushöhlung des GG durch die Kräfte der Reaktion wie es sich auch an den Notstandsgesetzen gezeigt habe. Herr Westphal stimmte der Auffassung zu, daß auch das GG geändert werden könne, er frage sich nur wie das geschehen solle.

Darauf antwortete der vds, daß für ihn zwei Formen des Kampfes zuträfen, nämlich 1. den parlamentarischen Kampf zu führen und 2. den außerparlamentarischen Kampf zu führen. Bei den bestehenden Machtverhältnissen, die nicht garantierten, daß das Parlament zur Tribüne der Klassenauseinandersetzungen würde, bilde naturgemäß der außerparlamentarische Kampf den Schwerpunkt. Es gehe darum, die Masse der Studenten in den gewerkschaftlich orientierten Kampf einzubeziehen, sie einzubeziehen in den Kampf, um so grundlegende Veränderungen im Wissenschafts- und Bildungsbereich zu erreichen. Dies seien zur Zeit unsere Aktionsformen.

Darauf erwiderte Herr Fichtner: „Sehen sie, da fängt es an. Was heißt denn zur Zeit. Das sind die Unklarheiten, da entstehen die Zweifel.“

Auf unseren Einwand, es könnten doch Zeiten denkbar sein (drohende Gefahr des Faschismus) in denen man sich andere Formen überlegen müsse, antwortete Herr Fichtner: „Vielleicht vor ihrem Faschismus (Habermas)“. Der vds protestierte daraufhin energisch gegen den Vorwurf des Faschismus und stellte es als eine Ungeheuerlichkeit dar, eine Organisation als faschistisch zu bezeichnen, die konsequent den Kampf für ein demokratisches Bildungswesen im Interesse und an der Seite der Arbeiterklasse füh-

Daraufhin erklärte Fichtner, schon die Begriffe „Arbeiterklasse“ oder „Veränderungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse“ habe für ihn etwas Totalitäres und würden ihn in seinem Zweifel stärken. Er machte dann längere Ausführungen darüber wie er die sozialistischen Länder beurteile. Dabei sagte er, das sei natürlich seine eigene Meinung, aber alle diese Aussagen würden die Zweifel verstärken. Er führte dann weiter aus, daß auch solche Sache wie, daß der vds zwar für die Studenten des Iran oder anderer Länder der 3. Welt auf die Straße ginge, für „die unterdrückten Kommilitonen in der CSSR aber nicht“, geeignet seien, den Zweifel zu verstärken. Er relativierte dann sofort und versicherte, daß das natürlich unsere ureigenste Angelegenheit sei, daß wir es ihm aber nicht verübeln könnten, wenn alle diese Dinge „Spuren hinterließen“. Auf die Frage des vds, ob er sich denn einen staatsfrommen studentischen Dachverband wünsche, sagten Herr Fichtner und auch Herr Westphal: nein, das wollten und könnten sie nicht verlangen. Nur eben die Zweifel seien nicht ausgeräumt.

Der vds hat dann den Vorschlag gemacht, die Bundesregierung solle ein Papier vorbereiten in dem alles enthalten sein solle, was sie an dem vds beanstandet und was wir dann nach eingehender Prüfung durch den Zentralrat und eine MV unterschrieben der Bundesregierung zu stellen könnten. Das wurde abgelehnt. Wir haben dann den Vorschlag gemacht, daß die Bundesregierung unsere Praxis des letzten Jahres analysieren solle, um dann konkret aufzuzeigen wo ihre Bedenken liegen. Dieser Vorschlag wurde dahingehend abgewiesen, das sei längst geschehen. Aber die Zweifel seien immer noch da. Es fehle an klaren Bekenntnissen. Nachdem der vds nochmals darauf hingewiesen hat, daß nach seiner Meinung die Politik des vds ganz klar sei, daß sie nachprüfbar sei für jeden der es wolle, wurde das Gespräch beendet. Herr Westphal erklärte, manchmal seien Tendenzen auf dem richtigen Wege erkennbar gewesen, dann aber seien sie von uns wieder relativiert worden. Im großen und ganzen sei man über den status quo nicht hinausgekommen.

Auf die Frage des vds, was er denn nun im Kabinett vorzuschlagen gedächte, wie es entscheiden solle, antwortete Herr Westphal, das wisse er noch nicht, das hänge von einer Beratung ab, die die vier Teilnehmer des Ministeriums im Anschluß durchführen würden.

Der vds-Vorstand
Albrecht
Heseler
Würl
Krüger

Fachbereichswahlen

Ergänzende Bekanntmachungen
Wahllokale-ÖffnungszeitenErgänzende Bekanntmachung für die
Wahl zu den Fachbereichskonferenzen
in den einzelnen Fachbereichen

(Die allgemeinen Bestimmungen werden durch das Plakat „Wahlbekanntmachung“ bekanntgegeben.)

1. Rechtswissenschaft

WT (Wahltermin) 21.—24. 6. 1971
WL (Wahllokal) Juridicum Senckenberg-Anlage 31, Erdgeschoß (Cafeteria)
ÖZ (Öffnungszeiten des WL) 10.00—16.00 Uhr

V (Vorsitzender) Ursula Gornik, Inst. f. Kommunalwiss.

G (Geschäftsst.) Inst. f. Kommunalwiss., Zi. 1105, Tel.: 22 84

SP (Sprechstunden d. V. in der G) montags von 15.00—16.00 Uhr

VER (Veröffentlichungen d. Wahlvorst.) am schwarzen Brett des jur. Seminars

2. Wirtschaftswissenschaften

WT 21.—24. 6. 1971
WL Hauptgebäude, Mertonstr. 17, Erdgeschoß, Zi. 35

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Prof. Thomas Reichmann, Abt. f. volks- und betriebsw. Rechnungswesen, Tel.: 36 48

G Hauptgebäude, Mertonstr. 17, Erdgeschoß, Zi. 40, Tel.: 36 48

SP mittwochs von 11.00—12.00 Uhr, donnerstags von 12.00—13.00 Uhr am schwarzen Brett der Geschäftsstelle des Wahlvorstandes, Hauptgebäude, Zi. 40

3. Gesellschaftswissenschaften

WT 21.—24. 6. 1971
WL Hauptgebäude, Mertonstr. 17, Altes Rektorat (Vorraum)

ÖZ 9.00—16 Uhr

V Prof. Hans W. Kuhn, Sem. f. pol. Bildung

G Seminar für politische Bildung, Schwindstr. 8, Tel.: 24 95

SP mittwochs und donnerstags von 11.00—12.00 Uhr, dienstags von 10.00—13.00 Uhr (Fr. Dornbach), Myliusstr. 30

VER an den schwarzen Brettern aller Seminare, Institute und Lehrstühle des Fachbereichs sowie in der Sophienstr. 1—3 (A/E)

WT 21.—24. 6. 1971
WL Hauptgebäude, Mertonstr. 17, Altes Rektorat (Vorraum)

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Dr. Herbert Schnädelbach, Phil. Seminar, Tel.: 21 60

G Phil. Seminar, Hauptgebäude, Mer-

tonstr. 17, I. OG., Zi. 111—116, ab 24. 5. 1971 Dantestr. 4—6

SP freitags von 16.00—17.00 Uhr

VER am schwarzen Brett im Philosophischen Seminar

8. Geschichtswissenschaften

WT 21.—24. Juni 1971
WL Phil. Seminargebäude, Gräfstr. 76, Zimmer 514 (5. OG.)

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Bernhard Schleußner, Seminar für Alte Geschichte, Tel. 21 67

G Seminar für Alte Geschichte, Zi. 604 mittwochs und donnerstags von 10.00—12.00 Uhr

Sp an den schwarzen Brettern der Seminare und Institute des Fachbereichs, der Historischen Fachschaft und der Fachschaft Völkerkunde

Ver an den schwarzen Brettern der Seminare und Institute des Fachbereichs, der Historischen Fachschaft und der Fachschaft Völkerkunde

9. Klassische Philologie und Kunstwissenschaften

WT 21.—23. 6. 1971
WL Phil. Seminargebäude, Gräfstr. 76, Erdgeschoß (Raum 2)

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Lilly Richter, Kanzleramt

G Kanzleramt, Schumannstraße 58, Zi. 308, Tel.: 24 51

SP montags bis freitags von 13.00—16.00 Uhr

VER an den schwarzen Brettern der Institute, Seminare und Lehrstühle des Fachbereichs

10. Neuere Philologien

WT 21.—24. 6. 1971
WL Phil. Seminargebäude, Gräfstr. 76, Erdgeschoß (Raum 1)

ÖZ 8.00—18.00 Uhr

V Lothar Schneider, stud. phil.

G Geschäftszimmer des Deutschen Seminars, Gräfstr. 76

SP donnerstags von 15.00—16.00 Uhr am schwarzen Brett bzw. dem Haupteingang des jeweiligen Instituts

11. Ost- und außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

WT 21.—24. 6. 1971
WL Phil. Seminargebäude, Gräfstr. 74, Zi. 415 (Indogermanisches Seminar)

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Dr. Paul Wernst, Orientalisches Seminar

G Orientalisches Seminar, Gräfstr. 74, ab 24. 5. 1971 Dantestr. 4—6

SP montags bis freitags von 10.00—11.00 Uhr

VER am schwarzen Brett des Slav. Sem., Indogerm. Sem., Oriental. Sem., Ostasiat. Sem., Judaist. Seminar

12. Mathematik

WT 21.—24. 6. 1971
WL Math. Seminar, Robert-Mayer-Str. 6, 4. Stock (Aufenthaltsraum)

ÖZ 10.00—14.00 Uhr

V Prof. Hans Kerner, Math. Seminar, Tel.: 23 10

G Mathematisches Seminar, Robert-Mayer-Str. 6—8, Zi. 218/219

SP nach Vereinbarung

VER am Anschlagbrett des Math. Seminars, Robert-Mayer-Str. 6—8, 2. St.

13. Physik

WT 21.—24. 6. 1971

WL Gebäude des Physikalischen Vereins, Frankfurt/M., Robert-Mayer-Str. 2—4, Parterre, Sitzungszimmer des Phys. Vereins

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Rolf Quadbeck, Institut f. angew. Physik, Tel.: 34 81

G Robert-Mayer-Str. 2—4, Zi. 14 (Flur West), Erdgeschoß

SP nach telefonischer Vereinbarung (Nbst. 3481)

VER an den schwarzen Brettern der Institute f. angew. Physik, Physik, Theoretische Physik und Kernphysik

14. Chemie

WT 21.—24. 6. 1971

WL Vorraum d. gr. Hörsaals der chem. Institute, Robert-Mayer-Str. 7—9

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Prof. K.-H. König, Institut f. anorg. Chemie, Tel.: 33 34

G Sekretariat d. Inst. f. anorg. Chemie, Robert-Mayer-Str. 7—9, Tel.: 23 27

SP montags bis freitags von 11.00—12.00 Uhr

VER an den schwarzen Brettern der Institute für Anorg. Chemie I u. II, Org. Chemie I u. II, Phys. Chemie u. Sem. f. Did. d. Chemie

15. Biochemie und Pharmazie

WT 21.—23. 6. 1971

WL Pharmazeutisches Institut, Georg-Voigt-Str. 14, Studentenaufenthaltsraum

ÖZ 10.00—15.00 Uhr

V Prof. Dr. W. Wiegreb, Pharm. Inst., Tel.: 33 46

G Pharmazeutisches Institut, Dienstzimmer Prof. Dr. W. Wiegreb

SP nach Vereinbarung, HA 3346

VER durch Anschlag in den Instituten des Fachbereichs

16. Biologie

WT 21.—24. 6. 1971

WL Nr. 1 am 21. 6. Sem. f. Did. d. Biologie, Sophienstr. 1—3

ÖZ Nr. 2 am 22.—24. 6. 1971 Biol. Inst., Siesmayerstr. 70, Vorraum des gr. Hörsaals

SP Nr. 1 am 21. 6. von 8.00—12.30 Uhr und am 21. 6. von 8.00—10.00 Uhr (8.00—10.00 Uhr wiss. u. nichtwiss. Mitarbeiter, ab 10.00 Uhr Studenten)

VER Nr. 2 22.—24. 6. von 8.00—12.30 Uhr

und von 14.00—16.00 Uhr (8.00—10.00 Uhr wiss. u. nichtwiss. Mitarbeiter, ab 10.00 Uhr Studenten)

V Joachim Prager, Zool. Inst., Tel.: 48 85

G Botanisches Institut, Siesmayerstr. 70, Zi. 208 (II. OG.)

SP montags von 10.00—11.00 Uhr

VER an den schwarzen Brettern der Institute für Botanik, Mikrobiologie, Zoologie, Kinematische Zellforschung, Anthropologie, des Seminars für Didaktik der Biologie des Botanischen Gartens sowie an den Fachschaftsbertern

WT 21.—24. 6. 1971

WL Institut für Kristallographie, Senckenberg-Anlage 30, Vorraum des Hörsaals f. Geowissenschaften

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Karl Hess, Inst. f. Kristallographie, Tel.: 31 01

G Inst. f. Kristallographie, Senckenberg-Anlage 30

SP montags bis donnerstags von 8.00—9.00 Uhr und von 14.00—15.00 Uhr

VER an den schwarzen Brettern der Institute des Fachbereichs

WT 21.—24. 6. 1971

WL Geographisches Institut, Senckenberg-Anlage 36

ÖZ 9.00—16.00 Uhr

V Franz Schymik, Geogr. Institut, Tel.: 24 11

G Geogr. Institut, Senckenberg-Anlage 36

SP montags bis freitags von 9.00—11.00 Uhr

VER Geographisches Institut, Senckenberg-Anlage 36

Seminar f. Wirtschaftsgeographie, Bockenheimer Landstr. 140

Seminar d. Didaktik d. Geographie, Georg-Voigt-Str. 8

WT 21.—24. 6. 1971

ML Nr. 1 am 21. 6. Kapelle in der Psychiatr. u. Neurol. Univ.-Klinik

ÖZ Nr. 2 22.—24. 6. Kleines Sitzungszimmer im Personalkasino des Klinikums

SP Nr. 1 am 21. 6. 1971 von 6.00—18.00 Uhr

VER Nr. 2 am 22. 6. 1971 von 6.00—18.00 Uhr am 23. u. 24. 6. von 9.00—16.00 Uhr

V Horst Koch, Klinikverwaltung

G Allgemeine Verwaltung, Zi. 210, Tel.: 52 56

SP montags bis freitags von 9.00—15.00 Uhr

VER am schwarzen Brett im Verwaltungsgebäude, im Kasino und in der Studentemensa, am Mittelungsbrett der Studenten im Hörsaal der Anatomie, Chirurgie und Pathologie

Veit Feger (diskus)

Offener Brief an einen diskus-Kritiker

Lieber Herr Thielenhaus,

einige Informationen und Richtigstellungen zur freundlichen Kenntnisnahme betreffend Ihren Artikel im uni-report Nr. 5/1971.

1. Sie vergleichen die Kosten von diskus und uni-report: diskus 15 000 DM, uni-report 1700 DM.

Sie haben sicher nicht bemerkt — und leider hat es Ihnen auch nicht der Presse-referent der J.-W.-G.-Universität mitgeteilt*) — daß es sich bei den angegebenen Kosten des uni-report rein um die Druckkosten handelt, es sind weder die Kosten für den hauptamtlichen Pressereferenten und Redakteur des uni-report noch für die Sekretärin darin enthalten; außerdem benötigt der uni-report als Auftragsarbeit für die Universität keine eigene Buchführung. Die Zahl, die Sie für den diskus angeben, enthält außer den Druckkosten die Kosten für den Verlag, den Vertrieb in Hessen, Westdeutschland und West-Berlin, die Kosten der Redaktion und der Autoren. Der uni-report, der legitim — in erster Linie Pressemitteilungen der Universität und Gesetzestexte veröffentlicht, hat keine Autorkosten; nicht zu vergessen: der Textumfang beträgt weniger als ein Viertel einer durchschnittlichen diskus-Ausgabe. Diskus wird in der gleichen Druckerei wie uni-report im gleichen Druckverfahren (Zeitungrotationsdruck) auf dem gleichen Papier gedruckt, insofern kann man kaum von einer aufwendigeren Herstellungsart sprechen. Über eine Sekretärin verfügt der diskus nicht: die Stundenlöhne der Herausgeber betragen etwa 2 bis 3 DM, die der Redakteure etwa 3 bis 4 DM.

2. Sie werfen dem diskus aufwendige Gestaltung vor, wie sie sich sonst nur kommerzielle Blätter leisten können.

a) Wir haben uns für höhere Gestaltungskosten entschieden, weil sie das Interesse an der Zeitschrift erhöhen. Der frühere diskus, der in dieser Hinsicht billiger war, blieb zu Tausenden im Archiv liegen. Gerade die kommerziellen Zeitschriften, die mit steuerabzugsfähiger Werbung der großen Konzerne wesentlich finanziert werden, haben den Lesergeschmack so beeinflusst, daß der diskus zum Mittel einer teureren Aufmachung seine Zuflucht nehmen muß.

b) Bessere Gestaltung braucht aber nicht nur ein Opfer an die schlechten Lesergewohnheiten zu sein, Studenten haben ein „Recht“ auf Auflockerung, wenn wir von ihnen erwarten, unsere zäheren Artikel zu lesen. Und sie sind vermutlich dankbar, daß wir unter solcher Auflockerung nicht den „weiten Duft“ und den „großen Geschmack“ verstehen. Dieser „Luxus verschlingt“ 10–15 % der diskus-Kosten.

3. Sie werfen dem diskus vor, er habe ein Monopol auf die Gestaltung öffentlicher Meinung an der Universität, vergleichbar dem von A. C. Springer außerhalb der Universität.

a) Sie schreiben das im uni-report, der auf Grund seines im Vergleich zu diskus und asta-info doppelt so häufigen Erscheinens eine größere Kommunikationsbreite hat als die beiden Studenten-Organen. Der uni-report steht Ihnen jeder-

zeit offen, Ihr Artikel ist dort zumindest schon der zweite Pro-ads-Artikel, ist also ein Widerspruch in sich.

b) Peinlich wird ein Vergleich mit Springer freilich dann, wenn er von einem Verband kommt, der 1968 gegründet wurde zur Bekämpfung der Studenten, die die Auslieferung von Bild-Zeitungen verhindern wollten, der gleichen Studenten, die ohnmächtig vor der parlamentarischen Einschränkung der Grundrechte durch die NS-Gesetze, die Türen der Universitäten belagerten, um diese Elitenbildungsinstitution lahmzulegen; peinlich, weil Ihr damaliges Gründungsmitglied und heute Ihr Vertreter im Konvent gleichzeitig Mitglied des „Verbandes Deutscher Studenten“ ist, der stud. Verbindung, die als erste in Deutschland den Arierparagrafen einführt und heute noch für die Verbreitung von rechtsradikalen Publikationen wirbt; peinlich, weil zu Ihrem Verband gleichfalls an verantwortlicher Stelle Herr Garnier und bis letzten Herbst Herr Bauer gehörte, die eine bedeutende Rolle beim Zustandekommen der Basisgruppe Zinsfuß spielten.

4. Sie bemängeln, daß soziale Probleme der Studenten vom Studentenparlament für weniger bedeutend erachtet würden, was aus der unterschiedlichen Zuteilung von Geldern aus dem stud. Haushalt für den Bereich Soziales und für stud. Öffentlichkeitsarbeit ersichtlich sei.

a) Wenn jemand ein Informations- und Meinungsmonopol an der deutschen Universität hat, dann ist es immer noch der Ordinarius. Ein Regulativ für diese Macht — ein wie schwaches immer — zu schaffen, muß ein zentrales Anliegen einer offener Diskussion interessierten Studentenschaft sein. Wenn Sie den diskus einer genaueren Lektüre unterziehen sollten, werden Sie feststellen, daß mehr als 90 % des Inhaltes nichts mit dem SHB zu tun haben, sehr viel aber mit den Beschränkungen der Ordinariatsuniversität.

b) Selbst wenn 100 % des Haushalts der Studentenschaft für soziale Probleme verwendet würden, wäre das der berühmte Tropfen (ein Studentenwohnheim der Größe, wie es auf der Ginnheimer Höhe entsteht, kostet das Dreifache eines stud. Jahresatzes). Es wäre eine Verwaltung des Mangels, die die Studentenschaft auf Grund von Individual- und Gruppenegoismen noch viel eher paralisieren würde als alle politischen Auseinandersetzungen.

5. Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie Ihre Behauptung, daß der diskus „falsche Darstellungen“ studentischer Gruppen veröffentlichte, etwas konkretisieren könnten.

Veit Feger, diskus

*) er hat

Zeuge gesucht

Wer war der Zeuge des Verkehrsunfalles am 18. Mai 1971 um 9.15 Uhr in der Gräbstraße (etwa in Höhe des Instituts für Theoretische Physik)?

Bitte melden Sie sich bei Fräulein Barbara Teige, 6 Ffm. 50, Dietrichstr. 37 (oder telefonisch bei Rechtsanwalt Dr. M. Schulze, Tel.-Nr. 57 63 03).

Horst Dieter Schlosser (NIK)

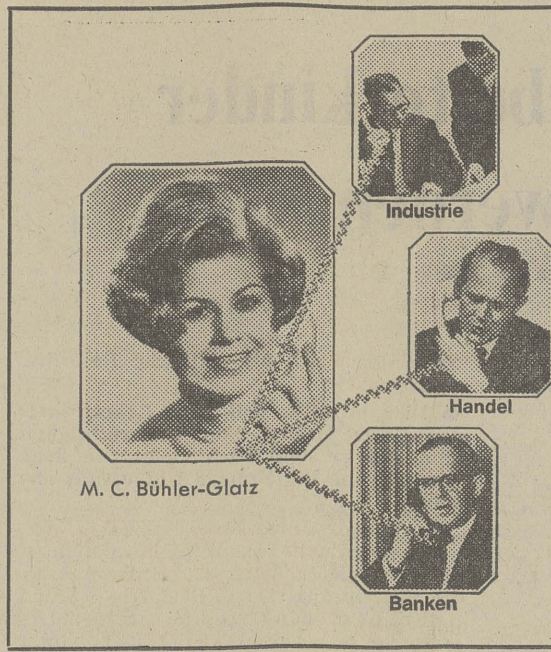
Gemeinsamkeit auf Teilstrecken

Zur Politik in den Ständigen Ausschüssen

Mit vollem Recht ist in den ersten Sitzungen, wenn ich richtig sehe, aller Ständigen Ausschüsse gefordert worden, man möge vorweg einmal programmatisch diskutieren, an welchen grundsätzlichen Leitlinien und Zielprojektionen die Ausschüsse ihre konkrete Arbeit orientieren wollen. Im Ständigen Ausschuss für Lehr- und Studienangelegenheiten mußte diese Diskussion sehr bald abgebrochen werden, als sich zeigte, daß es dieses Vorweg nicht geben kann, solange sich die Mitglieder noch im Stadium der Information über vorgegebene Sachzwänge befinden. Natürlich dürfte der Hinweis nicht fehlen, daß es keine Zwänge gibt, die sich aus gleichsam neutralen Sachen ergeben. Tatsächlich finden aber die Ausschüsse Tatbestände vor, die ihnen baldige Entscheidungen abverlangen, ohne daß sie die Zeit hätten, bis ins letzte zu analysieren, wie und mit welchem Ziel die Dinge ihren Anfang genommen haben. Etwa:

Es gibt für die Frankfurter Universität ein sog. Erweiterungsgebiet in Niederursel. Das ist natürlich kein neutrales Faktum. Ganz bestimmte Einschätzungen der Situation der hiesigen Universität und der allgemeinen Lehr- und Studienlage in diesem Lande haben zur Bereitstellung dieses Gebietes geführt. Natürlich ließe sich jetzt über die gesellschafts- und bildungspolitischen Implikate der Vorentscheidungen diskutieren. Dennoch hat der Zwang, sehr bald konkret über

die Verwendung von Niederursel zu entscheiden, seine eigene Rationalität: eine Finanzierung von Maßnahmen (vorrangig baulicher Art), die Niederursel verwendbar machen, ist undenkbar, wenn nicht konkrete Verwendungspläne entwickelt werden. Hier wird es dann tatsächlich nötig und über alle politischen Unterschiede hoffentlich auch möglich, die Grundsätze für die Struktur von Niederursel zu diskutieren und festzulegen. Die Aufgabe der verschiedenen mit dieser Frage befaßten Ausschüsse bestünde also darin, das vorgegebene Faktum zunächst so weit zu neutralisieren, d.h. so „naiv“ wie möglich zu behandeln, daß nicht eine sich verselbständigende Kritik der Vorentscheidungen die letzte Möglichkeit annehmbarer Lösungen verbaut. Das mag mehr als banal erscheinen, ist aber nach einigen Erfahrungen mit entsprechenden Diskussionen offensichtlich doch nicht selbstverständlich. Jedermann kann inzwischen wissen, daß in der Frage der sogenannten Fernstudien im Medienverbund eine Entwicklung in Gang gekommen ist, die sehr leicht auch die letzten Ansätze von kritischer Wissenschaft erdrücken kann, wenn man nicht noch von universitärer Seite aus darauf Einfluß nimmt. Es ist schwer einzusehen, warum nicht alle Gruppen, die diese Gefahr erkennen, bereit sind, auch über unangenehme Personalentscheidungen (etwa bei der Besetzung eines Unterausschusses) hinweg, daran mitzuwirken,



Ulrich Muhlack (NIK)

Zur Lage der nicht fraktionsgebundenen Gruppen

Im Uni-Report Nr. 3/1971 hat es eine Vorausschau gegeben auf die weitere politische Entwicklung dieser Universität aus der Sicht der im Konvent vertretenen politischen Gruppierungen. Es kamen zu Wort: die sogenannte liberale Mehrheitsfraktion und die sogenannte demokratische Minderheitsfraktion. Um über diese Auswahl von vornherein keine Unklarheit entstehen zu lassen, ließ es in einem Vorspann sinngemäß, diese beiden Fraktionen hätten als die maßgeblichen politischen Kräfte im Konvent zu gelten und ihren Stellungnahmen zur Lage komme daher repräsentative Bedeutung zu.

Es handelt sich jetzt nicht darum, an dieser Praxis des UNI-REPORT Kritik zu üben. In ihr spiegelt sich aber eine Einschätzung unserer hochschulpolitischen Situation wider, die einmal näher beleuchtet werden muß. Danach haben wir gegenwärtig im Konvent und überhaupt im politischen Leben dieser Universität ein rechtes und ein linkes Lager, d.h. eine strikte Polarisierung. Die Rechten sind an der Regierung, die Linken stehen in der Opposition. Diese Aufassung wird weithin von beiden Seiten geteilt. Die sogenannte demokratische Fraktion existiert schon seit den Tagen der Präsidentschaftswahl. Die zu ihr gehörigen Gruppen treten seither mit größtmöglicher Geschlossenheit auf, wenn auch die einen sichtlich mehr Agitationsfreiheit haben als die anderen. Aber auch die sogenannte liberale Fraktion hält in allen wesentlichen Fragen entschieden zusammen. Andererseits bekunden beide Seiten unaufhörlich den Willen zur Integration. Jedoch diese Integration stellt

daß uns nicht auch noch der letzte von den vielen Zügen, die in dieser Frage nach übereinstimmender Meinung aller schon abgefahren sind, davonfährt.

Ich möchte jedenfalls weder für meine Person, noch für die Gruppe, die mich für den Lehr- und Studien-Ausschuß nominiert hat, gern allein stehen, wenn ich etwa in der erwähnten Frage der Verwendung von NU voll für die Prinzipien eintrete, die vor einiger Zeit Prof. Wiethölter für den alten Struktur- und Planungsausschuß entwickelt hat, nur weil seine Fraktionsfreunde im Lehr- und Studien-Ausschuß sich nicht voll verstanden fühlen. Ich zitiere das Wiethölter-Papier, weil ich mich nicht in der Lage sehe, die Maxime für Entscheidungen über das Verhältnis von Niederursel und Frankfurter Altuniversität angemessener zu formulieren:

„Der Zwang zu einem doppelten Zentrum der zukünftigen Frankfurter Universität (bei grundsätzlicher Entscheidung für Modernität) verbietet a) konservativ in Alt-Frankfurt und progressiv in Niederursel zu planen, b) Lehre in Alt-Frankfurt, Forschung in Niederursel anzusiedeln, c) für Sozial-(Lehrer-)Wissenschaften in Niederursel zu plädieren, d) nichts Neues mehr in Alt-Frankfurt zu beginnen, nichts Altes mehr in Niederursel zu wiederholen, sondern gebietet ein Gesamthochschulsystem Frankfurt mit zwei elliptischen Schwerpunkten in Frankfurt und Niederursel. Inhaltliche wie organisatorische Modernisierung in Alt-Frankfurt steht dabei stärker unter technologischen Planungszwängen, so wie sie in Niederursel stärker unter gesellschaftspolitischen Planungschancen steht.“

Es wäre bedauerlich, wenn die bekannte Forderung „Alles oder nichts“ auf die Durchsetzung dieser Maxime verzichten würde, weil sie nur Teil eines Maximengebäudes ist, das erst als ganzes Zitat die letzte Weihe gibt. Wir brauchen gemeinsames Handeln, und sei es auch nur für Teilstrecken.

in Wahrheit nichts anderes dar als eine Fortsetzung der Polarisierung mit anderen Mitteln. Für die Rechten geht es darum, die Linken einzurahmen, etwa dadurch, daß man die hauptsächlichsten Kanzelredner der Linken, unter Ausnutzung von deren notorischer Eitelkeit, in die Ständigen Ausschüsse hineinnimmt. Die Linken wollen demgegenüber den Rechten unmittelbar ihren Willen aufzwingen, indem sie z.B. permanent mit dem Rückzug aus der Mitverantwortung drohen. Es besteht kein Anlaß zu der Erwartung, daß sich in absehbarer Zeit an diesem Zustand irgend etwas ändern wird.

Wenn ich jetzt sage, daß die NIK sich nach wie vor weigert, diesem System subsumiert zu werden, so bin ich mir darüber im klaren, wie man in den beiden Lagern darauf reagieren wird. Ich brauche nur an unsere bisherigen Erfahrungen zu erinnern. Den Rechten gelten wir als links, den Linken als rechts. Die Rechten zeihen uns der Unzuverlässigkeit, die Linken möchten uns gern in die reaktionäre Ecke drängen. Beide sind ihrer ganzen Mentalität nach außerstande, das Programm zu begreifen, unter dem wir angetreten sind: ein Programm, das die herrschende Polarisierung grundsätzlich negiert, das die dualistischen Entgegensetzungen der gegenwärtigen Hochschulpolitik überwinden will durch den Appell an eine dialektische Idee der Wissenschaft und damit der Universität. Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß wir uns nicht in die bestehenden Fraktionsgemeinschaften eingliedern lassen, daß wir vielmehr prinzipiell jenes Sy-

Aus dem Landtag

Die Reisekosten des Herrn Neto

CDU-MdL Friedrich Kramer erkundigte sich in einer Kleinen Anfrage, was der Kultusminister zu tun gedenke, um mißbräuchliche Verwendung studentischer Beiträge zu verhindern — als Beispiel hatte der Abgeordnete den Fall angeführt, nach dem das Studentenparlament der Frankfurter Universität den „revolutionären Kampf in Angola“ mit einem Betrag von DM 3000,— unterstützt und diesen als „Reisekosten“ getarnt haben sollte. Professor von Friedeburg antwortete, daß der Präsident der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität ihm eine Stellungnahme des Studentenparlament-Präsidenten zugeleitet habe; dieser habe auf die §§ 2 und 5 der Satzung der Studentenschaft verwiesen und unter anderem aufgeführt, die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten gehöre zu den Aufgaben der Studentenschaft — wenn also das Studentenparlament als gewähltes Gremium der Studentenschaft es der Befreiungsfront von Angola ermögliche, die Studentenschaft über ihre Ziele und Beweggründe zu unterrichten und dem Präsidenten der Angolischen Befreiungsfront hierfür Reisekosten zur Verfügung stelle, so sei im Sinne der Satzung gehandelt worden.

Kultusminister von Friedeburg erklärte hierzu, es sei Aufgabe der Studenten selbst, mit demokratischen Mitteln auf die Zusammensetzung und die allgemeine Willensbildung des Studentenparlamentes einzuwirken. Maßnahmen seinerseits seien erst dann gerechtfertigt, wenn die Organe der Studentenschaft rechtswidrig handelten und die Mittel des Universitäts-Präsidenten als Rechtsaufsichtsbehörde nach § 35 des Hochschulgesetzes

Ein heißer Draht führt zu lohnenden höchst-bezahlten Einsätzen über BPZ-Zeitarbeit

Interessant für:

alle Studentinnen und Studenten, die in der Freizeit für kürzer oder länger völlig ungebunden gegen über-durchschnittliche Bezahlung interessante Tätigkeiten wahrnehmen wollen.

BPZ 6 Frankfurt/M.1 · Zeil 107/II (gegen-üb. Hpt.-Post) · T. 0611/287657-59
Telefonischer Anrufbeantworter

stem bekämpfen, das diese Konstellation hervorgebracht hat.

In einem Punkt darf es keinen Zweifel geben: die NIK ist nicht Mitte in dem Sinne, daß sie gemäßigt rechte und gemäßigt linke Ansichten zu addieren und damit das rechte und das linke Lager zusammenzuführen hätte. Diese Auffassung beruht wiederum auf dem alten Mißverständnis, als ob in der Hochschulpolitik nur die Konfrontation zwischen rechts und links denkbar sei. Zwischen technokratischer Informatik-Universität und linker Polit-Universität gibt es nichts zu vermitteln; angesichts dieser trostlosen Alternative bleibt vielmehr nur eines: eine von Grund auf neue Hochschulkonzeption zu entwickeln, in der an die Stelle der linken Ideologie die Idee einer auf ein differenziertes Wissenschaftsverständnis sich gründenden politischen Gesellschaft tritt.

Wir tun das Unsere, um diese Grundsätze in die konkrete Arbeit des Konvents und der Ständigen Ausschüsse hineinzu-tragen. Wir hoffen zugleich auf die Kooperation jener, die heute noch zur rechten oder linken Fraktion zählen, aber wie wir längst die Sterilität dieser Einteilung erkannt haben. Im Bunde mit ihnen wird sich nicht nur manches verhindern, sondern auch vieles verwirklichen lassen. Auf die Dauer kann es aber an dieser Universität nur dann einen Fortschritt geben, wenn das System der Polarisierung endgültig zerbricht, bei den Hochschullehrern, bei den Assistenten, bei den Studenten, bei den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern. Die bevorstehenden Fachbereichswahlen können hierfür ein Signal sein.

Aus dem Landtag

Die Reisekosten des Herrn Neto

nicht ausreichen. Einer Anregung des Präsidenten entsprechend, habe er den Hessischen Rechnungshof über diese Angelegenheit informiert.

Moderne Graphik im Juristischen Seminar

Vom 11. Juni bis 2. Juli werden in den neuen Seminarräumen Werke der namhaften Prager Graphikerin Maricka Klimovicová gezeigt. Zur Ausstellungseröffnung am Freitag, dem 11. Juni, 18 Uhr, wird die Künstlerin anwesend sein und in ihr Werk einführen. Alle Universitätsangehörigen sind hierzu herzlich eingeladen. Die Ausstellung ist geöffnet Mo.—Fr. 9—19 Uhr, Sa. 9—14 Uhr.

UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt. Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, 6000 Frankfurt 1, Senckenberganlage 31, Telefon 7 98—25 31 oder 24 72. Fernschreibanschlus 0413932 unif d. Redaktion: Jochen Noll.

UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 20 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt verteilt. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. 4. 1971 gültig. — Druck: Buch- und Verlagsdruckerei Paul Nack, 645 Hanau/Main.

Thomas von der Viring

Die Lernbarrieren der Arbeiterkinder müssen endlich beseitigt werden

Rede vor der Landesarbeitnehmerkonferenz der SPD-Betriebsgruppen in Bremen am 20. März 1971

Jeden Tag werden in Bremen mehrere Dutzend Kinder geboren. Im Krankenhaus kann man sie durch die gläsernen Trennscheiben sehen. Sie sehen alle ziemlich gleich aus und können nicht viel mehr als schreien. Unter der Voraussetzung, daß sich bei uns nichts wesentlich ändert, können wir über das Schicksal der am heutigen Tag Geborenen im großen und ganzen heute schon sagen: Aus dem Baby wird in 30 Jahren ein Arbeiter geworden sein, der zu wenig gelernt hat, aus jenem Baby ein angelernter Arbeiter, der alle paar Jahre auf einen neuen Beruf umstapeln muß, und aus einigen wenigen Babies werden gut verdienende, hoch gebildete Hochschulabsolventen werden. Das können wir feststellen, ohne die betreffenden Kinder überhaupt anzusehen. Wir brauchen nur den Beruf des Vaters und die näheren Lebensumstände der Eltern festzustellen.

Diese Voraussage wird in Erfüllung gehen, wenn sich das Bildungssystem der Bundesrepublik nicht von Grund auf ändert. Konkret: Die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten dieser Kinder, sich zu entfalten, können wir schon heute mit Blick auf Beruf und Lebensumstände der Eltern vorhersagen — unter der Voraussetzung, daß die Sozialdemokratische Partei das Bildungssystem nicht in den kommenden Jahren von Grund auf ändert. Wer außer der SPD wäre denn in der Lage, diese Aufgaben zu bewältigen? Das ist keine billige Parole, das ist einfach wahr.

Diese Vorstellung soll und muß uns klar machen, wieviel von uns abhängt — nicht zuletzt das Lebensschicksal derer, die heute geboren werden. Hier hat keiner ein Recht, sich auf Lorbeeren auszuruhen und auf die Erfolge der Sozialdemokraten zu pochen. Wir müssen wesentlich besser werden als bisher, um solche Ziele wirklich zu erreichen. Pläne haben wir genug, sogar sehr gute, erfolgversprechende Pläne. Aber diese Pläne sind nichts wert, wenn ihre Verwirklichung von uns nicht erkämpft wird. Die Väter, die heute stolz ihre Kinder in der Klinik anschauen, denken nicht daran. Aber sie wissen sehr gut, wovon die Zukunft ihrer Kinder abhängt. Die große Mehrheit von ihnen weiß schon jetzt, daß es nicht die bestmögliche Zukunft für ihre Kinder sein wird. Aber sie nehmen es hin. Sie glauben nicht, daß sich Wesentliches ändern könnte. Sie erwarten auch von uns, der Sozialdemokratie, nicht allzuviel. Viele von ihnen wählen immer noch CDU.

Es kommt also ganz auf uns an. Es kommt darauf an, daß wir gegen mächtige Gegner die Massen gewinnen und bewegen. Denn ohne die Unterstützung der breiten Masse werden wir keine der von uns angestrebten Reformen verwirklichen. Pläne haben wir genug. Was wir heute brauchen, ist Klarheit darüber, worauf es ankommt, zunächst in unseren eigenen Reihen und verstärkter Einsatz der Partei in der breiten Überzeugungsarbeit.

Ich will nur einige wenige Tatsachen nennen, die den Arbeitnehmern zeigen, worauf es ankommt.

Die geistigen Fähigkeiten der Kinder — ihre Intelligenz — entwickeln sich genauso wie die körperlichen Fähigkeiten durch Übung. Dazu müssen die Kinder angeregt werden. Gebildete Eltern fördern die geistige Entwicklung schon bei Kleinkindern besser als andere. Ihre Kinder sprechen mehr, lernen mehr Worte, begreifen mehr, entwickeln mehr Interesse an Problemen. Wenn sie mit sechs Jahren auf die Schule kommen, haben Kinder von Akademikern in der Regel bereits einen beachtlichen Bildungsvorsprung. Wie soll ein Arbeiterkind von sechs Jahren diesen Vorsprung aufholen?

● **Wir brauchen ein öffentliches Bildungssystem, so lautet das A und O sozialdemokratischer Bildungspolitik, das diese Bildungsmängel der großen Masse der Kinder beseitigt.**

● **Wir brauchen Kindergärten.**

Heute findet nur jedes 3. Kind zwischen 3 und 6 Jahren in der Bundesrepublik einen Platz in einem Kindergarten. Diese Kindergärten sind in der Regel nette, aber pädagogisch wertlose Parkplätze zum Abstellen von Kindern. Zur geistigen Förderung von Arbeiterkindern leisten sie nichts. Wenn es die Aufgabe von Kindergärten ist, den Arbeiterkindern spielerisch mindestens soviel an geistiger Förderung mitzugeben, wie die Eltern mit höherer Schulbildung ihren Kleinkindern mitgeben — welche Ausbildung benötigen dann die sogenannten Kindergärtnerinnen, diese Lehrer für Kleinkinder? Wieviele qualifizierte Lehrer brauchen wir für drei Millionen Kleinkinder? Und wer bezahlt das?

● **Wir brauchen Lehrer, die es als ihre Aufgabe begreifen, soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen und insbesondere die schwächeren Schüler zu fördern.**

Wir wissen heute, daß bei vielen Lehrern die Kinder aus höheren gesellschaftlichen Schichten für gleiche Leistung bessere Noten erhalten. Das tun die Lehrer völlig unbewußt. Viele Lehrer erwarten von Ar-

beiterkindern schlechtere Leistungen als von Kindern höherer Schichten. Kinder sind aber desto lernfähiger und lernbegieriger, je mehr die Lehrer ihnen zutrauen.

Es besteht kein Grund zur Empörung über diese Lehrer. Soll sich jeder selbst prüfen: Wenn er zwei Kinder vor sich hat — den Sohn eines Pflöckers und den Sohn eines höheren Beamten — erwartet nicht fast jeder, ohne nachzudenken, vom Beamtensohn bessere Schulleistungen?

Das rührt an ein Kernproblem der Bildungspolitik. Arbeiterkinder wissen am Tag ihrer Geburt genauso wenig wie andere Kinder, 6, 8, 10 Jahre später glauben viele dieser Kinder, daß sie nicht zu besonderer geistiger Leistung fähig sind. Das noch heute weitverbreitete proletarische Minderwertigkeitsgefühl wird ihnen mit großer Sicherheit eingeflößt, bevor sie zur Schule kommen.

● **Der Mangel an Glaube an die eigenen Fähigkeiten ist eine der härtesten Lernbarrieren für Arbeiterkinder.**

Bei eigenen diesbezüglichen Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit habe ich eins begriffen: Es gibt zahlreiche Kinder auf der Schule, die allein deshalb nicht gut lernen, weil sie glauben, daß das Lernen nichts für sie ist, sondern etwas für die Kinder aus höheren Schichten.

Wenn man Glück hat, dann gelingt es in einer guten Bildungsarbeit rasch, dieses Vorurteil, das zur geistigen Selbstverstummlung führt, den jungen Leuten zu nehmen. Das bedeutet sie aufzuwecken, ihre von den gesellschaftlichen Verhältnissen betäubte, eingeschlafte, Lernfähigkeit zu wecken.

● **Man kann mit 100 Stunden guter Bildungsarbeit junge Leute, die in 8 Jahren (das sind rund 10 000 Volksschulstunden) nicht viel mehr als Lesen und Schreiben gelernt haben, aufwecken. Was könnten dann 10 Jahre Schule bewirken?**

Aber: Wie müssen die Lehrer aussehen, die es als ihre Aufgabe begreifen, und es auch schaffen, die Klassenminderwertigkeitsgefühle von Arbeiterkindern zu überwinden?

Das schaffen wir bestimmt nicht mit Lehrern, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, recht schnell Beamte zu werden und ihr Geld zu verdienen.

Das schaffen wir auch nicht mit Lehrern, die den sozialen Vorurteilen erliegen.

Sondern: Lehrer, die für diese Aufgabe geeignet sind, müssen sich als engagierte Gegner der Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems verstehen. Und das heißt:

Die Arbeiter müßten sich fragen

Die Arbeiter müßten sich fragen, was sie von den Hochschulen erwarten: Bewahrer der Ungerechtigkeit oder Reform?

Es wird beileibe keine „Kader-Universität“ werden. Auch keine Universität, an der von früh bis spät politisiert wird. Der gesellschaftskritische ist nur ein Gesichtspunkt, wenn auch ein wichtiger, der Universitätsreform.

● **Wichtigstes Ziel ist die Verbesserung der Berufsausbildung an der Universität, die Verbesserung der Lehre.**

Die bisherige Lehre an den deutschen Universitäten ist, vom Standpunkt der Berufsausbildung, miserabel. Das wollen wir ändern.

● **Ein weiterer zentraler Punkt unserer Bildungsreform ist die Reform der Berufsausbildung.**

Ich glaube schon, daß man ohne Übertreibung sagen kann: das heutige Berufsausbildungssystem für Industrie, Handwerk und Handel dient nicht den Interessen der Lehrlinge, dafür aber um so mehr den Interessen der Lehrherren. Die Ausbildung im Handwerksbetrieb hält keiner sachlichen Kritik stand. Für den Lehrling ist ein großer Teil der Lehrzeit gestohlene Zeit. Und häufig ist die Ausbildung schon während der Lehrzeit überholt. Wir brauchen ein Berufsausbildungssystem, das nur an den Ausbildungsbedürfnissen orientiert ist und das praktischen und theoretischen Unterricht sinnvoll verbindet. Ein System, das privatem Profitinteresse gänzlich entzogen ist.

● **Die Berufsausbildung muß den Privatbetrieben genommen und in staatliche Regie übernommen werden. Das bedeutet aber:**

1. Ein Teil des Handwerks, der von Lehrungsarbeit lebt, wird bankrott gehen. Aber auch die Industrie wird Nachteile in Kauf nehmen müssen. Und die Industrie hat in unserem Land noch nie freiwillig Nachteile in Kauf genommen. Die Reform des Berufsbildungswesens muß gegen den erbittertsten Widerstand privatwirtschaftlicher Kräfte erkämpft werden.

2. Wir brauchen Schulen, Lehrer und öffentliche Lehrwerkstätten in erheb-

Sie müssen sich als politische Reformen verstehen.

● **Wer begreift, daß gute Lehrer stets engagierte Gegner von Ungerechtigkeit sind, der versteht auch vieles von dem, was sich um die Bremer Universität abspielt.**

„Rote Kader-Universität“ heißt das. Was meint man damit? Damit meint man nicht eine der vielen deutschen Universitäten, die mit ihrer Krise nicht fertig werden und von Unruhen erschüttert werden. Das wäre ja nichts Besonderes. Mit „Roter Kader-Universität“ meinen unsere Gegner eine Universität, die ihren Studenten nicht nur Fachwissen mitgibt, sondern während des Studiums auch darauf hinweist, welche Verpflichtung es der Gesellschaft gegenüber bedeutet, daß sie auf Kosten der breiten Masse studieren dürfen.

● **Unser Hauptziel an der Bremer Universität ist die Reform der Lehrerbildung.**

● **Wir wollen aus jungen Abiturienten, die rasch Beamte werden wollen, Lehrer machen, die es als ihre Aufgabe verstehen.**

● **die Bildungsnachteile der Kinder der breiten Masse zu bekämpfen;**

● **den Arbeiterkindern klarzumachen, daß sie genauso gut, genauso wertvoll, genauso fähig sind wie die Kinder der Reichen.**

Wie erreichen wir das? Indem wir bei den Studenten das schwach ausgeprägte Gerechtigkeitsgefühl ansprechen. Indem wir ihnen im Studium schonungslos die Gesellschaft vorführen, wie sie wirklich ist — indem wir ihnen die gesellschaftlichen Ursachen der Bildungsgerechtigkeit vorführen und ihren kritischen Blick schärfen — indem wir ihnen aber auch über die Rolle des Lehrers Aufklärung geben und so ihr Gerechtigkeitsgefühl wecken. Das ist dann das, was von den Gegnern als das Gefährliche an der Universität angesehen wird.

Da wird über die Politisierung der Universität und ihrer Lehre gewettert. Soll doch einer sagen, wie Lehrer ohne kritisches Bewußtsein den Arbeiterkindern klarmachen können, daß sie nicht dummer sind, sondern daß die Gesellschaft es ihnen lediglich schwerer macht!

● **Wer unpolitische Lehrerausbildung haben will, wer Professoren haben will, die die Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrem Fachgebiet nicht sehen, der wird Lehrer bekommen, die durch unkritische Pädagogik die gegenwärtige Ungerechtigkeit im Bildungsbereich nicht bekämpfen, sondern festigen.**

scheidenden Bildungsvorsprünge verschaffen,

● **Schulen, in denen die Kinder der höheren Schichten stillschweigend bevorzugt werden,**

● **Schulen, die nichts tun, um Arbeiterkinder darüber aufzuklären, daß sie genauso gut sind wie die Kinder aus höheren Schichten, daß sie nur Opfer eines ungerechten Systems sind, gegen das sie sich wehren müssen,**

● **Einkommensverhältnisse, die es Arbeiterkindern erschweren, die höhere Schule zu besuchen,**

● **ein Berufsausbildungssystem, das diesen Namen nicht verdient und in erster Linie der Bereicherung der Lehrherren dient,**

● **Universitäten, die Lehrer ausbilden, die nichts zur Emanzipation der Arbeiterkinder beitragen,**

das ist weitgehend der heutige Zustand. ● **Kindergärten, Vorschulen, mehr Lehrer, integrierte Gesamtschulen, bessere Universitäten: all das sind die Voraussetzungen, um allen Neugeborenen die gleichen gerechten Lebensmöglichkeiten zu geben.**

● **Das kostet viel Geld.**

Der Prozentanteil des Volkseinkommens, den die Bundesrepublik für Bildung ansetzt, muß in den kommenden Jahren wenigstens verdoppelt werden, wenn wir diese Reform des Bildungssystems, den Eckstein der sozialen Demokratie, verwirklichen wollen. Dies nur für Bildungsreform — von den anderen Reformen in Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehr, ganz zu schweigen.

Der Staat, die öffentliche Hand, ist zu arm, um diese Reformen zu finanzieren. Die öffentliche Armut kann nur überwunden werden auf Kosten des privaten Reichtums. Wir brauchen höhere Steuern, insbesondere für die höheren Einkommen. Ohne Steuererhöhungen gibt es keine Reformen.

● **Alle wichtigen Reformen bedeuten eine Umverteilung privater Einkommen.**

Sobald aber von Steuererhöhungen die Rede ist, geht ein solches Trara durch die Presse, daß viele Politiker weiche Knie bekommen. Gegen die breiten Massen sind Steuererhöhungen nicht durchzusetzen. Ihre Zustimmung kann nur in öffentlicher Überzeugungsarbeit gewonnen werden, in der klar gemacht wird:

● **Jede Steuererhöhung wird mit einer besonderen Belastung der Bezieher höherer Einkommen verbunden sein. Warum sollen die Glücklichsten, die in der Vergangenheit auf Kosten der Allgemeinheit eine besondere Bildung genossen haben, nicht ihr Scherflein zum Ausbau des Bildungswesens beitragen?**

● **Ein reformiertes öffentliches Bildungswesen soll und wird die privaten Bildungsprivilegien der Reichen aufheben.**

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Bemühungen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme

Der Berufung einer Senatskommission für Hochschuldidaktik, eines Senats-Ausschusses für Umweltforschung sowie der Einrichtung eines Schwerpunktprogramms zur Förderung der Wissenschaftstheorie hat der Senat der DFG auf seiner Mai-Sitzung zugestimmt.

Nicht nur der äußere Wandel, den die wissenschaftlichen Institutionen heute erleben, auch die Veränderungen, denen das Schulsystem, die Berufe und Berufsbedingungen unterworfen sind, wie besonders der strukturelle und inhaltliche Wandel der Wissenschaften selbst, haben die Inangriffnahme dringlicher Forschungsaufgaben notwendig gemacht, die der „Wissenschaftsdidaktik“ und „Hochschuldidaktik“ zugeordnet sind. Der Senat der DFG hat zur Koordinierung hochschuldidaktischer Forschung (Erforschung der Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden in den verschiedenen Disziplinen und Entwicklung didaktischer Methoden), zur Erarbeitung eines umfassenden Förderungsplanes und Förderungs- bzw. Begutachtungsverfahrens sowie möglicher Schwerpunktprogramme die Senatskommission für Hochschuldidaktik eingesetzt.

Das neue Schwerpunktprogramm „Wissenschaftstheorie“ soll es Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen zur Aufgabe machen, sich mit dem Gegenstand ihres Berufes „Wissenschaft“ theoretisch auseinanderzusetzen und aufzuklären, was Wissenschaft ist, sein kann oder auch sein sollte.

Seit den dreißiger Jahren ist die Erforschung der Methoden der Wissenschaft, des Selbstverständnisses des Wissenschaftlers und der von der Wissenschaft geprägten Zivilisation weitgehend ohne Förderung und gezielte Koordinierung geblieben. Heute besteht ein empfindlicher Nachholbedarf. Das Förderungsprogramm „Wissenschaftstheorie“ der DFG (Deutschen Forschungs-Gemeinschaft), das für 1971 einen Finanzbedarf von einer viertel Million vorsieht, soll eine Reihe eng miteinander zusammenhängender Arbeiten konzentriert unterstützen. Zu ihnen gehören:

● **formale und strukturelle Fragen der Wissenschaft (z. B. Begriff der Krankheit, Begriffssystem des Privatrechts);**

● **Entwicklung von Hypothesen und Theorien (z. B. Wandlungen der Methodenideale in der Wissenschaft);**

● **Diese gesellschaftspolitische Aufgabe der Bildungsreform muß in den Mittelpunkt gestellt werden. Wenn die Leute immer nur von gesunden Turnhallen, schöneren Klassenzimmern oder kleineren Klassen hören, wird sich die Bereitschaft, Opfer zu bringen, bestimmt nicht erhöhen — wenn man auch noch daran denkt, in welchen Fabrikgebäuden sie arbeiten müssen.**

Die große durchgreifende Reform unseres Bildungswesens werden wir nur dann durchsetzen können, wenn wir den Massen klarmachen, daß es sich dabei um ihre ureigene Sache handelt.

Bei der Bildungsreform geht es nicht um bessere Ingenieure und Raketen, sondern um die Verwirklichung gleicher Lebenschancen wenigstens für die Generationen, die nach uns kommen. Wir müssen den Wählern rücksichtslos die Ungerechtigkeiten des Bildungssystems und die Ursachen der Ungerechtigkeit vor Augen halten.

Wenn wir die Bildungsprivilegien der höheren Schichten überwinden wollen, wenn wir es als Hauptaufgabe der Bildungsreform bezeichnen, den Bildungsstand der breiten Masse zu heben, und wenn wir dann sagen, dafür brauchen wir höhere Steuern, und zwar in besonderem Maße gerade von den höheren Schichten, dann darf sich doch keiner wundern, daß wir auf erbitterten Widerstand stoßen werden. Dann darf sich niemand wundern, daß wir auch solche Wähler abstoßen werden, die geglaubt haben, die SPD nehme die Interessen der breiten Masse nicht mehr so ernst, die geglaubt haben, die SPD traue sich nicht mehr, den Reichen weh zu tun.

Niemand gibt zu, daß er gegen Bildungsreform ist. Kein noch so konservativer Politiker wagt zu sagen, daß er gegen den Abbau der Bildungsprivilegien ist. Sonst wäre er in Nullkommant weg vom Fenster. Nein: Das alte Lied: Sie werden uns verleumden, sie werden uns verteuflern. Sie schimpfen: verkappte Kommunisten, Gleichmacherei, Nivellierung, politische Verhetzung der Schüler und Studenten, sozialistische Kaderuniversität, konfiskatorische Steuern, Zerstörung der Wirtschaftsordnung...

Je besser wir sind, je näher wir der Sache kommen, desto mehr schreien sie. Das sollte jeder Sozialdemokrat wissen, wenn er das Geschrei über die Bremer Universität hört.

Was sagt das Geschrei der Konservativen? Es sagt den Arbeitnehmern: Diese Universität bemüht sich, mit der Beseitigung der Bildungsprivilegien ernst zu machen. In Bremen entsteht eine Universität, die der Beseitigung von Bildungsprivilegien dienen will. Sie ist Teil der fortschrittlichen sozialdemokratischen Bildungspolitik in Bremen.

● **wissenschaftliche Erklärung, Prüfung und Begründung, insbesondere die Rolle der Erfahrung (z. B. nicht-empirische Argumentation in der Rechtswissenschaft), Begründung historischer Aussagen;**

● **Reflexion auf Probleme hinsichtlich ihrer geschichtlichen Entwicklung, sowie Fragen des Fortschritts der Wissenschaft (z. B. Einfluß wissenschaftstheoretischer Konzepte auf das Fortschreiten der Forschung, Berufungsinstanzen im Gang der neuzeitlichen Wissenschaft).**

Der Senatsausschuß für Umweltforschung hat die Aufgabe, umweltrelevante Förderungsmaßnahmen der DFG in nationalen und internationalem Rahmen zu planen und zu koordinieren. Es handelt sich dabei um Fragen der Erweiterung des Förderungsprogramms, die Aufstellung von Nachwuchsförderungsprogrammen, eines mittelfristigen Finanzplanes, Koordination zwischen den bestehenden umweltrelevanten Senatskommissionen der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft, Abstimmung mit dem Gesamtprogramm der Bundesregierung, Fragen der Beratung der Legislative und Exekutive durch die Umwelt-Kommissionen der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft.

Als Mitglieder des Ausschusses werden Wissenschaftler aus 15 verschiedenen Disziplinen berufen, die wissenschaftspolitisch als „Generalisten“ angesehen werden können. Für reine Fachfragen werden nach wie vor die verschiedenen Umwelt-Kommissionen der DFG (Pflanzenschutz, Mutagenitätsfragen, Lärmforschung u. a.) zuständig sein.

Der Internationale Rat wissenschaftlicher Unionen (ICSU) — die weltweite Vereinigung nicht-staatlicher Wissenschaftsorganisationen — hat darüber hinaus die DFG gebeten, ein nationales Komitee als Korrespondenzorgan zum Scientific Committee on Problems of the Environment (SCOPE, Sonderausschuß für Umweltprobleme) zu gründen. Über SCOPE sollen alle internationalen, nicht-staatlichen Aktivitäten in der Umweltforschung koordiniert werden.

Der Senat der DFG hat zur Wahrnehmung dieser internationalen Aufgaben einen deutschen Landesausschuß SCOPE berufen, dem Mitglieder verschiedener Umwelt-Kommissionen der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft angehören.